

Niederschrift

37. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.01.2016

Sitzungsbeginn: 19:40 Uhr

Sitzungsende: 22:45 Uhr

Ort, Raum: Kur- und Bürgerzentrum, Bürgersaal, Schlossplatz 9, 36129 Gersfeld (Rhön)

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Gutermuth (FDP)

Mitglieder

Rolf Banik (SPD)

Bruno Gutermuth (SPD)

Michael Gutermuth (SPD)

Ilse Gutmann-Friedel (SPD)

Roland Künzel (SPD)

Helmut Müller (SPD)

Silvia Quillmann (SPD)

Hermann Reuß (SPD)

ab 20:00 Uhr

Ralf Zinn (SPD)

Maren Kirst-Lieber (CDU)

ab 19:45 Uhr

Regina Kremer (CDU)

Helmut Lenger (CDU)

Hartwig Maehl (CDU)

Ralf Magerhans (CDU)

ab 19:45 Uhr

Jürgen Melchers (CDU)

Waldemar Niebling (CDU)

Uwe Glück (BWG)

Andrea Hintzmann (BWG)

Michael Schneider (BWG)

Peter Vey (BWG)

Jürgen Nix (FDP)

ab 19:50 Uhr

Wolfgang Schußler (FDP)

Heiner Marquardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Muhr (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Karin Muhr (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Magistrat

Steffen Korell (CDU)

Knut Kersten (BWG)

Margarete Trinath (SPD)

Gertraud Müller (CDU)

Carl-Jürgen Pillmann (CDU)

Dieter Wepler (BWG)

Siegbert Simon (FDP)

Jürgen Niemann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Schriftführer

Thomas Niedling (Verwaltung)

Verwaltung

Klaus Niebling (Verwaltung)

Peter Beil (Verwaltung)

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Susanne Rahm (SPD)

fehlt entschuldigt

Karlfried Clausius (BWG)

fehlt entschuldigt

Klaus Grösch (BWG)

fehlt entschuldigt

Björn Seibert (BWG)

fehlt entschuldigt

Bernhard Ruppert (FDP)

fehlt entschuldigt

Magistrat

Harald Schäfer (SPD)

fehlt entschuldigt

Schriftführer

Heike Wallrab

fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Entscheidung über die Tagesordnung
2. Tagesordnung A
3. Genehmigung der Niederschrift der 36. Sitzung vom 03.12.2015 der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön)
4. Bildung eines Abrechnungsgebietes für die Heranziehung zu Straßenbeiträgen in der Siedlungsstraße im STT Hettenhausen (Abschnittsbildungsbeschluss) sowie Festlegung des umlagefähigen Beitragsaufwands
5. Tagesordnung B
6. Festlegungen zum Freibad Gersfeld (Rhön)
 - 6.1. Öffnungszeiten ab Saison 2016
 - 6.1.1. Änderungsantrag BWG
 - 6.2. Schlechtwetterregelung ab Saison 2016
 - 6.3. Feierabendtarif ab Saison 2016
 - 6.3.1. Änderungsantrag BWG

7. Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan mit mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung
 - 7.1. Änderungsantrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN -Ehrenamtskarte-
 - 7.2. Änderungsantrag SPD -Heizöl und Treibstoffe-
 - 7.3. Änderungsantrag SPD -Leasing-
 - 7.4. Änderungsantrag SPD -Planungskosten Mehrgenerationenspielplatz-
 - 7.5. Änderungsantrag SPD -Streumittel-
 - 7.6. Änderungsantrag SPD -Winterdienst Fremdleistung-
 - 7.7. Änderungsantrag SPD -Feldwegeunterhaltung-
 - 7.8. Änderungsantrag SPD -Straßenunterhaltung-
 - 7.9. Änderungsantrag SPD -Kiosk im Freibad-
 - 7.10. Änderungsantrag SPD -Teppich BGM-Zimmer-
8. Beratung und Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2016
9. Beratung und Beschluss über den Wirtschaftsplan mit Erfolgs- und Vermögensplan für das Jahr 2016 des Eigenbetriebs "Stadtwerke Gersfeld (Rhön)"
10. XIV. Nachtrag zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung (AbwBGS) der Stadt Gersfeld (Rhön) rückwirkend zum 01.01.2016
11. IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld (Rhön), rückwirkend zum 01.01.2016
 - 11.1. IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld (Rhön), rückwirkend zum 01.01.2016 -Alternative 2-
12. Berichte und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Entscheidung über die Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth eröffnet die 37. Sitzung der laufenden Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön).

Er begrüßt alle Anwesenden und stellt sodann die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung durch Veröffentlichung im Internet, im Gersfelder Rhönboten Nr. 3/16 und persönliche Einladung vom 21.01.2016 fest.

Nachfolgend stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Beschlussfähigkeit fest, es sind zunächst 22 Abgeordnete anwesend, ab 19:45 Uhr 24 Abgeordnete, ab 19:50 Uhr 25 Abgeordnete und ab 20:00 Uhr 26 Abgeordnete.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob Einwände bestehen, dass von der Fuldaer Zeitung, Pressevertreter, Herr Ickler, während der Sitzung fotografiert werden darf. Hierzu erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Stimmzählern werden die Abgeordneten Bernhard Muhr und Wolfgang Schüßler benannt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den Antrag, ggf. die Sitzung zu verlängern (über die in der Geschäftsordnung vorgesehene Regeldauer von 3 Stunden hinaus), um die nicht im Zeitfenster abgearbeiteten Tagesordnungspunkte zu beenden. Dies wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung allen Abgeordneten schriftlich zur Kenntnis gegeben. Einwände dagegen bestehen nicht.

Nachdem es zur Tagesordnung weder Anträge noch Wortmeldungen gibt, wird diese in der vorliegenden Form angenommen.

zu 2 Tagesordnung A

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der 36. Sitzung vom 03.12.2015 der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig das Protokoll der 36. Stadtverordnetenversammlung vom 03.12.2015. Es wird in der vorliegenden Form zur Veröffentlichung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 1a/16

zu 4

Bildung eines Abrechnungsgebietes für die Heranziehung zu Straßenbeiträgen in der Siedlungsstraße im STT Hettenhausen (Abschnittsbildungsbeschluss) sowie Festlegung des umlagefähigen Beitragsaufwands VO/2016/169

Wortprotokoll:

Stadtverordnetenvorsteher verliest den Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt und fragt die Empfehlungen der Ausschüsse ab. Der Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft und der Haupt- und Finanzausschuss haben beide einstimmig eine Empfehlung abgegeben.

Beschluss:

Gemäß § 3 der Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen in der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 22.12.1988 ist bei der Straßenbaumaßnahme „Grundhafte Sanierung der Siedlungsstraße im STT Hettenhausen“, entsprechend den örtlichen Verhältnissen, den bautechnischen Gegebenheiten und den sonstigen Erfordernissen, folgende Abschnittsbildung zu beschließen:

Der geplante Ausbau der Siedlungsstraße im STT Hettenhausen erfolgt ab Einmündungsbereich Hauptstraße (jeweils die südl. Grundstücksgrenzen der Flurstücke 82/2 und 68 der Flur 2) in nördlicher Richtung bis zu den nördlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 6 und 103 der Flur 2. Das Ausbauende erfolgt im Verlauf der Siedlungsstraße in östlicher Richtung bis Einmündung in den Weyherer Weg (jeweils die östlichen Grundstücksgrenzen der Flurstücke 18/3 und 28/2 der Flur 2).

Die von diesem Abschnitt erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet für die Heranziehung zu Straßenbeiträgen. Die Anlieger (Grundstückseigentümer) werden gemäß der gültigen Straßenbeitragssatzung und im Rahmen des getroffenen Abschnittsbildungsbeschlusses zu den satzungsmäßigen Straßenbeiträgen herangezogen.

Gemäß § 11 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) sowie gemäß § 5 der Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen in der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 22.12.1988 wird festgestellt, dass die Siedlungsstraße im STT Hettenhausen überwiegend dem Anliegerverkehr dient. Somit hat die Stadt Gersfeld (Rhön) von dem umlagefähigen Beitragsaufwand hierfür 25 % zu tragen, während die restlichen Ausbaurkosten von 75 % auf die Anlieger umzulegen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 1b/16

zu 5 **Tagesordnung B**

zu 6 **Festlegungen zum Freibad Gersfeld (Rhön)**
VO/2016/171

Wortprotokoll:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Sh. einzelne Beschlussvorschläge zu den VO/2016 171-1, 172-2 und 171-3 (Top 6.1, 6.2 und 6.3).

zu 6.1 **Öffnungszeiten ab Saison 2016**
VO/2016/171-1

Wortprotokoll:

Zunächst berichtet der Ausschussvorsitzende Rolf Banik, dass der Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales zum vorliegenden Tagesordnungspunkt ausführlich beraten hat. Es wurde inhaltlich und kritisch diskutiert. Der Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit 4:3:0.

Anschließend haben die Fraktionen die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Für die SPD-Fraktion erklärt der Abgeordnete Rolf Banik, dass man den Änderungen in 2015 zwar zugestimmt habe, aber recht schnell festgestellt wurde, dass es in der Bevölkerung Probleme mit der Neuregelung gibt. In solchen Fällen müsse man Fehler auch korrigieren.

Für die BWG-Fraktion entgegnet der Abgeordnete Peter Vey, dass man vor einem Jahr mit allen 5 Fraktionen dem Änderungsantrag zugestimmt habe. Man wollte dem Bürger einen Mehrwert bieten. Kurzzeitschwimmer sollten mehr Möglichkeiten bekommen.

Der Abgeordnete Peter Vey stellt einen Änderungsantrag vor. Dieser wird abgestimmt (Top 6.1.1.).

Aufgrund der Ablehnung des Änderungsantrages verliert der Stadtverordnetenvorsteher den Beschlussvorschlag des Magistrates und gibt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die tägliche Öffnungszeit für das Freibad in Gersfeld (Rhön) ab der Badesaison 2016 wieder zu ändern.

Es wird festgelegt, dass das Bad künftig um 9:30 Uhr öffnet und um 19:30 Uhr schließt (Einlass bis 19:00 Uhr).

Abstimmungsergebnis:

Ja: 16 Nein: 5 Enthaltung: 5

Beschluss-Nr. 3/16

zu 6.1.1 **Änderungsantrag BWG**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Peter Vey stellt den Änderungsantrag zu Top 6.1. vor und bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Die Öffnungszeiten im Freibad Gersfeld ab der Saison 2016 werden wie folgt festgelegt:
Das Bad öffnet um 9:00 Uhr und schließt um 19:30 Uhr.
Einlass in das Bad bis 19:00 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 14 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 2/16

**zu 6.2 Schlechtwetterregelung ab Saison 2016
 VO/2016/171-2**

Wortprotokoll:

Der Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales empfiehlt Zustimmung mit 4:3:0.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Beschlussvorlage vor und bittet die Fraktionen um Stellungnahme. Die Fraktionen verzichten auf die Abgabe von Stellungnahmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die bestehende Schlechtwetterregelung für das Freibad in Gersfeld (Rhön) aufzuheben.

Ab der Badesaison 2016 wird keine Schlechtwetterregelung festgelegt. Das Freibad in Gersfeld (Rhön) wird während der Badesaison jeweils täglich von 9:30 Uhr bis 19:30 Uhr geöffnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 17 Nein: 4 Enthaltung: 5

Beschluss-Nr. 4/16

**zu 6.3 Feierabendtarif ab Saison 2016
 VO/2016/171-3**

Wortprotokoll:

Der Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales empfiehlt mit 3:4:0 die Nichtzustimmung.

Anschließend wurden die Fraktionen um ihre Stellungnahmen gebeten.

Für die BWG-Fraktion merkt der Abgeordnete Peter Vey an, dass die Feierabendtickets nicht nur ein Verlust sind, sondern ggf. auch mehr Schwimmer zum Eintritt bewogen haben. Deshalb stellt die BWG-Fraktion einen Änderungsantrag (Top 6.3.1.).

Es erfolgen keine weiteren Stellungnahmen. Dem Änderungsantrag (Top 6.3.1.) wird zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die Entgeltordnung für die Schwimmbäder vom 26.03.2015. Die Eintrittspreise werden 2016 nicht verändert.

Die Festlegungen für den in 2015 eingeführten Feierabendtarif für das Freibad in Gersfeld (Rhön) werden geändert. Die Ermäßigungen von 50 % auf Einzelkarten werden ab der Badesaison 2016 erst ab 18:00 Uhr gewährt. (sh. Änderungsantrag Top 6.3.1.)

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 12 Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 5/16

zu 6.3.1 Änderungsantrag BWG

Wortprotokoll:

Abgeordnete Peter Vey stellt den Änderungsantrag zu Top 6.3. vor und bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die bisherige Entgeltordnung für die Schwimmbäder vom 26.03.2015.

Der Feierabendtarif für das Freibad Gersfeld wird nur noch von Montag bis Freitag ab 18:00 Uhr gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 12 Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 5/16

zu 7 Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan mit mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung

Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt zunächst die vom Magistrat noch vor Beschlussfassung veränderten Haushaltsansätze vor. Eine Liste mit diesen Veränderungen wurde den Fraktionsvorsitzenden in der vergangenen Woche vorab zur Kenntnis per E-Mail zugestellt.

Sie betreffen im Wesentlichen die Verpachtung der Sauna in der Kaskade (+ 11.000 € Ertrag), die vorerst noch durch den Landkreis Fulda erfolgende Bewirtschaftung des Parkplatzes Fuldaquelle (- 30.000 € Ertrag, - 20.000 € Aufwand), eine zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für die Entschlammung der Wildparkteiche (+ 50.000 € Aufwand) sowie Minderaufwendungen Verzicht Umlage 2016 durch die LNG (- 19.000 €).

Zusätzlich mit weiteren kleineren Verbesserungen und Verschlechterungen ergibt sich ein um 29.850 € höherer Fehlbedarf von nunmehr insgesamt 427.910 €.

Zunächst wird den Fraktionen das Wort zur Stellungnahme erteilt.

Es beginnt, für die SPD-Fraktion sprechend, der Abgeordnete Michael Gutermuth. Er weist darauf hin, dass zur Wahrheit des verbesserten Haushaltsplanergebnisses auch gehört, dass die Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteueranteile erheblich gestiegen sind. Die günstige Zinslage und das geschlossene Wellnessbad Kaskade verbessern ebenfalls den Haushalt, ohne dass dies neue Einsparmaßnahmen wären. Aufgrund der guten Lage wären weitere Einsparmaßnahmen oder Steuererhöhungen mit der SPD auch nicht zu machen gewesen. Die Belastung für die Bürger sei bereits hoch genug.

Als erfreulich zu sehen sei die Situation im Wildpark mit einem Plus von 18.000 € im Haushalt und der Sanierungsbeginn im Schwimmbad in diesem Jahr. Positiv sei auch die Situation bei den Parkplätzen zu sehen. Man solle mit dem Kreis verhandeln, möglichst schon ab Juni auch den Parkplatz Fuldaquelle zu bewirtschaften.

Ein ausdrücklicher Dank geht an die Initiative Mehrgenerationenspielplatz.

In seiner Haushaltsrede werden außerdem folgende Fragen an den Magistrat gestellt:

Was ist mit nicht oder noch nicht umgesetzten Beschlüssen?

I) Der Beschluss zum Doppelhaushalt sollte die Verwaltung entlasten. Warum nicht umgesetzt?

II) Was ist mit dem Nachfolger der Bauabteilung? Warum noch kein Einstellungsverfahren? Investitionen, die bei den Straßen verschoben werden, seien die Probleme der Zukunft. Ihre Haushaltszustimmung mache die SPD davon abhängig wie die Abstimmungen über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge ausgehen.

Anschließend spricht der Abgeordnete Jürgen Melchers für die CDU-Fraktion. In seiner Rede wird zunächst allen Beteiligten für die Aufstellung des Haushaltes gedankt. Außerdem macht er deutlich, dass es aus Sicht der CDU eine konstruktive Debatte in allen Gremien gab. Anschließend wird betont, dass der „echte ländliche Raum“ in seiner Finanzausstattung benachteiligt ist. Hier müsse sich etwas ändern. Bei der Stadt selbst müssen auch alle Bereiche einen Beitrag leisten, die bisher verschont wurden:

- das Personal (schlanke statt aufgeblähte Verwaltung)
- die Zuweisungen und Zuschüsse (ggf. Streichungen) und die
- Erhöhung von Steuern.

Allerdings dürften das Gewerbe und unsere Tourismusbetriebe nicht weiter belastet werden. Das Zielkonzept von CCE-Consult sei richtig, das Modul 1 abgeschlossen und dieses müsse nun weitergeführt werden.

Die CDU unterstützt den Haushalt und kann dank der Überarbeitung durch den Magistrat auf Änderungsanträge verzichten.

Die Stellungnahme der BWG-Fraktion verliest der Abgeordnete Uwe Glück. In ihr wird zunächst der Verwaltung, dem Magistrat und den Stadtverordneten für die geleistete Arbeit gedankt. Danach wird erläutert, warum die BWG nicht einheitlich abstimmen wird. Es gebe nebulöse Zahlen im Haushalt; u. a. bei den Bußgeldern (12210), den Eintrittsgeldern des Wildparks (25310) und des Freibades Gersfeld (42420). Bei der Straßenreinigung/Winterdienst (54110) im Ergebnishaushalt bzw. im Finanzhaushalt bei dem Teppich Bürgermeisterzimmer, dem Aktenvernichter oder dem Ersatzneubau Feuerwehr Rommers (hier solle erst der Bedarfs- und Entwicklungsplan abgewartet werden) gebe es ebenfalls Ungereimtheiten. Außerdem habe der Magistrat selbst nur mit 55% zugestimmt. Bei den Gemeindestraßen (54110) wird mit den wenigen, verbleibenden Straßen, an denen etwas gemacht werden kann, an der falschen Stelle gespart. Die BWG habe sich immer für den Erhalt der Freibäder eingesetzt. Die Kommunalaufsicht schaue jetzt genau auf die Freibäder. Beim Stellenplan sei nicht erklärbar, wieso eine Stelle im Bauhof nicht besetzt werde.

Die BWG hat folgende Wünsche an den Magistrat:

- I. Beschlüsse des Magistrates umsetzen (Beispiel Ehrenamtssatzung)
- II. Beschlüsse erst anfordern, wenn nötig (Beispiel Bauamtsleiterstelle)
- III. Durch Beschlüsse eingeschlagene Wege konsequent weiter gehen (Beispiel Konzept CCE-Consult: Modul 1 beendet; für Modul 2 und 3 keine Ressourcen).

Die BWG stellt keine Anträge zum Haushalt.

Für die FDP-Fraktion nimmt der Abgeordnete Wolfgang Schüßler Stellung zum Haushalt. Dem Haushalt werde in der vorgelegten Form zugestimmt. Es sei eine große Errungenschaft des Magistrates, dass es geschafft wurde, das Defizit soweit zu senken. Es ergeht auch ein Dank an die Verwaltung. Man stimme dem Haushalt ohne Änderungsanträge zu. Änderungen würden auch das Haushaltssicherungskonzept verändern, dem man ebenfalls zustimme. Dieses wolle man nicht unter Überarbeitungszwang setzen.

Der Abgeordnete Heiner Marquardt gibt die Stellungnahme für die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ab. Er verweist auf bisher Gesagtes und hat Platz für andere Aspekte: Rückblick: Durch den Bürgermeisterwechsel habe es mit dem neuen Bürgermeister einen neuen Blick für die Realität gegeben. Die Mängelliste wurde in dieser Zeit größer und sichtbarer. Geholfen habe dabei auch die Aufsicht von außen. Dadurch würde allerdings die kommunale Selbstverwaltung eingeschränkt. Das Wellnessbad Kaskade sei eine geniale politische Fehlentscheidung gewesen. Davor habe man krampfhaft den Blick verschlossen. Die Aufsicht habe am Ende geholfen das zu erkennen. Die Infrastruktur werde vergammeln. Man weiß, dass es falsch ist, aber aus Wiesbaden werden keine Mittel dagegen gestellt. Aussicht: Aussicht auf Besserung besteht nicht! Die GRÜNEN werden dem Haushalt zustimmen.

Die SPD-Fraktion hat 9 Änderungsanträge und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1 Änderungsantrag während der Abgabe von Stellungnahmen vorgestellt und schriftlich (GRÜNEN Antrag zu Beginn der Sitzung) eingereicht.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend die Stellungnahmen der Ortsbeiräte bekannt.

Gersfeld-Kernstadt: zur Kenntnis genommen
Gersfeld-Altenfeld: Zustimmung
Gersfeld-Dalherda: Ablehnung
Gersfeld-Hettenhausen: Zustimmung
Gersfeld-Maiersbach: Zustimmung
Gersfeld-Mosbach: Zustimmung
Gersfeld-Obernhausen: Zustimmung
Gersfeld-Rengersfeld: Zustimmung
Gersfeld-Rodenbach: Zustimmung
Gersfeld-Rommers: zur Kenntnis genommen
Gersfeld-Sandberg: zur Kenntnis genommen
Gersfeld-Schachen: Zustimmung

Zustimmungen: 8, Ablehnung: 1, zur Kenntnis genommen/Enthaltung: 3

Danach werden die Stellungnahmen der Ausschüsse abgefragt:

Haupt- und Finanzausschuss: 2:4:0

Der Ausschussvorsitzende Melchers merkt an, dass der Ausschuss ausführlich beraten habe und ein Verbesserungsvorschlag für zukünftige Jahre machen möchte. Die Anträge der Fraktionen sollten vor den Ausschusssitzungen vorliegen.

Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft: 5:2:0

Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales: 3:2:2

Der Ausschussvorsitzende Banik berichtet, dass der Ausschuss ausführlich beraten hat und zwar nur die Produktbereiche 2, 3, 4 und vom Produktbereich 5 das Kur- und Bürgerzentrum und den Tourismus.

Zur Beratung über die Anträge zum Haushalt wird die Sitzung um 21:05 Uhr zunächst für 15 Minuten unterbrochen und nach Unterbrechungsverlängerung von 5 Minuten um 21:25 Uhr fortgesetzt.

Nach Fortsetzung der Sitzung wird zunächst dem Bürgermeister Gelegenheit gegeben auf die Stellungnahmen der Fraktionen zu antworten:

Anträge sollten zu Ausschusssitzungen vorliegen (hier schließt sich der Bürgermeister der Aussage des Vorsitzenden Melchers für den H+F-Ausschuss an).

Die Stadtverordneten müssten zwischen Pest und Cholera entscheiden (Stichwort Asphalt-schuld), aber ändern könne er das auch nicht. Die Spielregeln bestimmten andere.

Beschlüsse würden umgesetzt. Wenn nicht sofort, dann werde das erklärt (Beispiel: Umsetzung Ehrenamtsentschädigungssatzung zusammen mit Einführung ALLRIS oder Beispiel Ausschreibung Stelle Bauabteilung: Nach Haushaltsbeschluss wegen abwarten Personal-konzept).

Der Bauhof sei nicht zu schwächen. Allerdings wurde der Stellenplan in der Vergangenheit nicht angepasst (Beispiel Bäder), wenn es der Magistrat versucht hat. Man müsse ein offe-nes Auge auf die Aufgaben haben und wie diese erledigt werden können.

Die Magistratszustimmung zum Haushalt waren 5/7 und nicht 5/9! Das sind 71%.

Der Magistrat hat vorgeschlagen das Freibad zu sanieren und ist daran genauso interessiert wie andere.

Das Konzept von CCE-Consult soll natürlich weiter geführt werden (Modul 2 und 3).

Aber - aus genannten Gründen - nicht dieses Jahr.

Aufgrund der Beratungen während der Sitzungsunterbrechung zieht die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag Nr. 4 (Streusalz) zurück. Der Änderungsantrag Nr. 5 (Winterdienst) soll bestehen bleiben. Die Mittel im Produkt sind deckungsfähig.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Über die Änderungsanträge der GRÜNEN (Top 7.1.) und die Änderungsanträge der SPD (Top 7.2. – 7.10.) wird in der Reihenfolge ihres Eingangs beraten und ggf. abgestimmt.

Anschließend gibt der Kämmereileiter das durch die beschlossenen Änderungen um 10.000 € verschlechterte, neue Planungsdefizit im Ergebnishaushalt von – 437.910 € be-kannt. Das Planungsergebnis des Finanzhaushaltes bleibt gegenüber dem Entwurf unverän-dert.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt die Haushaltssat-zung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan und mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung. In den Haushalt sind die zuvor beschlossenen Änderungen bzw. Ergänzungen (Top 7.1. und 7.7.) einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 15

Nein: 8

Enthaltung: 3

Beschluss-Nr. 15/16

zu 7.1 Änderungsantrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN -Ehrenamtskarte-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Heiner Marquardt stellt den Änderungsantrag vor, bittet um Zustimmung und im Falle der Zustimmung um „buchstäbliche“ Umsetzung.

Die Absicht ist, das Ehrenamt zu stärken und zu würdigen. Es entstehen der Stadt Gersfeld (Rhön) keine tatsächlichen Kosten.

Die Ehrenamtskarte beinhaltet 3 Eintritte in die städtischen Einrichtungen Hochwildschutzpark und Freibäder. Dabei sind die Eintritte frei wählbar. Abgabetermin ist jährlich der 15. Mai.

Nach kurzer Debatte, inwieweit der Magistratsentwurf des Haushaltes die Ehrenamtskarte bereits beinhaltet wird der Beschlusstext einvernehmlich um die Worte „und für die folgenden Jahre, bis auf Widerruf“ ergänzt und darüber abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt, den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren und des Deutschen Roten Kreuzes, die ehrenamtlich tätig sind, auch in diesem Jahr und in den folgenden Jahren, bis auf Widerruf, eine Ehrenamtskarte anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 6/16

zu 7.2 Änderungsantrag SPD -Heizöl und Treibstoffe-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD ist der Auffassung, dass aufgrund des derzeitigen Preisrückgangs für Heizöl und Treibstoffe eine Reduzierung von 20% vertretbar ist (Gesamteinsparung 25.648 €).

Der Abgeordnete Wolfgang Schüßler (FDP) merkt an, dass es kontraproduktiv sein könnte hier den Ansatz zu kürzen, da man die Tanks bei niedrigem Preis füllen sollte.

Beschluss:

Im Ergebnishaushalt sind die Mittel für Heizöl und Treibstoffe um 20 % zu reduzieren. Konten 60540000 „Heizöl“ und 60550000 „Treibstoffe“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 13 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 7/16

zu 7.3 **Änderungsantrag SPD -Leasing-**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD ist der Auffassung, dass das vorhandene Fahrzeug ausreichend ist. Durch entsprechende Absprachen oder Regelungen, kann die Nutzung des vorhandenen Fahrzeugs optimiert werden (Einsparung 4.000 €).

Der Abgeordnete Uwe Glück fügt hinzu, dass Leasing in jedem Fall die teuerste Variante sei.

Beschluss:

Die Anschaffung eines zusätzlichen Fahrzeuges im Rahmen eines Leasingvertrages soll nicht erfolgen.

Produkt 54610 „fremde Parkeinrichtungen“, Konto 67100000 „Leasing“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 13 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 8/16

zu 7.4 **Änderungsantrag SPD -Planungskosten Mehrgenerationenspielplatz-**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD bezweifelt, ob die angesetzten Mittel ausreichend sind und möchte mit dem Budget von 5.000 € den Rahmen für eine ordentliche Konzeption schaffen.

Der Abgeordnete Uwe Glück weist darauf hin, dass ursprünglich nur 1.000 € Planungskosten dafür angesetzt waren, weil man sich nach einem ersten Treffen einig war, dass bei der Erstellung mit der Hochschule Fulda und ggf. weiteren Partnern zusammengearbeitet werden soll. Nachdem Zweifel aufkamen, ob die Mittel ausreichen, hat der Magistrat den Ansatz hierfür bereits auf 3.000 € erhöht.

Beschluss:

Die Mittelbereitstellung für Planungskosten Errichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes sind auf 5.000 € zu erhöhen. Im Rahmen des Konzeptes soll auch die Standortfrage behandelt werden.

Produkt 36610 „Jugendarbeit“, Konto 67710000

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 14 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 9/16

zu 7.5 Änderungsantrag SPD -Streumittel-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD ist der Auffassung, dass aufgrund des milden Winters die Reduzierung gerechtfertigt ist.

Nach der Beratungspause wird der Antrag von der SPD-Fraktion zurückgezogen. Begründung: Der Änderungsantrag zum Winterdienst (Top 7.6) beinhaltet bereits eine erhebliche Reduzierung im gleichen Produkt und die Mittel im Produkt 54510 sind deckungsfähig.

Beschluss:

Der Ansatz für Streumittel soll um 5.000 € auf 20.000 € reduziert werden.

Produkt 54510 „Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung, Straßenentwässerung“, Konto 60300000

zu 7.6 Änderungsantrag SPD -Winterdienst Fremdleistung-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD ist der Auffassung, dass aufgrund des milden Winters die Reduzierung gerechtfertigt ist.

Der Abgeordnete Heiner Marquardt (GRÜNE) weist darauf hin, dass es auch eine Räumspflicht gegenüber dem Bürger gebe. Der Bürgermeister entgegnet, dass dieser unabhängig von den zur Verfügung gestellten Mitteln in jedem Fall nachgekommen wird.

Beschluss:

Der Ansatz für den Winterdienst Unternehmereinsatz soll um 10.000 € auf 30.000 € reduziert werden.

Produkt 54510 „Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung, Straßenentwässerung“, Konto 61790000

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9

Nein: 17

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 10/16

zu 7.7 Änderungsantrag SPD -Feldwegeunterhaltung-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD ist der Auffassung, dass im Bereich der Feldwegeunterhaltung weiterhin hoher Bedarf besteht.

Der Abgeordnete Uwe Glück (BWG), wendet ein, dass der Feldwegeverband nicht kostengünstiger als Firmen aus der freien Wirtschaft arbeitet. Ein Selbstkostenerstattungsvertrag ist meist teurer als ein Leistungsvertrag.

Die SPD-Fraktion ändert daraufhin einvernehmlich ihren Antrag.

Der folgende Teil wird gestrichen: „U.a. soll auch der Feldwegeverband eingesetzt werden, da dieser entsprechende Arbeiten kostengünstig verrichten kann (eine Vormerkung ist unabhängig von der Haushaltsgenehmigung möglich).“

Beschluss:

Der Ansatz für Feldwegunterhaltung soll um 10.000 € auf 31.000 € erhöht werden.
Produkt 55510 „Land- und Forstwirtschaft“, Konto 61650000

Abstimmungsergebnis:

Ja: 22 Nein: 2 Enthaltung: 2

Beschluss-Nr. 11/16

zu 7.8 Änderungsantrag SPD -Straßenunterhaltung-

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Bei der Straßenunterhaltung würden notwendige Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 2 Mio. € anstehen. Auch wenn eventuell Mittel aus dem Kommunalinvestitionsprogramm hierfür eingesetzt werden sollen, sieht die SPD zusätzliche Mittel als notwendig an. Ein abarbeiten anhand der Prioritätenliste hat weiter zu erfolgen.

Der Bürgermeister weist auf die Problematik der Haushaltsgenehmigung hin. Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Einsparungen in Höhe von insgesamt 39.648 € sind alle abgelehnt worden. Eben wurden bereits weitere 10.000 € Mehraufwendungen beschlossen. Bei weiteren Mehraufwendungsbeschlüssen könnte die erlaubte Grenze Haushaltsdefizit je Einwohner überschritten werden.

Beschluss:

Der Ansatz für die Straßenunterhaltung soll um 40.000 € auf 210.000 € erhöht werden.
Produkt 54110 „Gemeindestraßen, Wege und Plätze“, Konto 61650000

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 16 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 12/16

zu 7.9 **Änderungsantrag SPD -Kiosk im Freibad-**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Die SPD möchte damit einen aktiven Beitrag zur Senkung der Personalkosten leisten. Derzeit sind zwei Personen sozialversicherungspflichtig und zehn Personen geringfügig für diesen Aufgabenbereich eingesetzt.

Eine Betreuung des Kiosks mit Kassenführung für die Eintrittsgelder könnte zum Beispiel durch den Schwimmbadverein oder durch einen Privaten erfolgen.

Der Abgeordnete Uwe Glück (BWG), weist darauf hin, dass es für die über das Bürgerbüro verkauften Jahreseintrittskarten dann eine entsprechende Vereinbarung für die Provision geben müsse. Der Abgeordnete Rolf Banik (SPD) entgegnet, dass deshalb im Antrag wie folgt formuliert wurde: „vergleichbares Konzept wie im Wildpark“. Der Abgeordnete Wolfgang Schüßler (FDP) erinnert daran, dass vor 2009 der Kiosk bereits durch einen Pächter betrieben wurde. Der Abgeordnete Uwe Glück (BWG) beantragt die Frage der Betreuung des Kiosks mit Kassenführung für die Eintrittsgelder in die Ausschüsse zu verweisen; insbesondere, da geklärt werden müsse, wie viele Einnahmen der Stadt entgehen, wenn der Kiosk fremd betrieben wird.

Vor der Abstimmung weist der Abgeordnete Heiner Marquardt (GRÜNE) darauf hin, dass ein solcher Beschluss der erste richtige Schritt zur Reduzierung der Personalkosten sei und er bei Nichtverweisung in die Ausschüsse dem Antrag zustimmen werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) verweist den Antrag „Die Betreuung des Kiosks mit Kassenführung für die Eintrittsgelder im Freibad Gersfeld auszuschreiben“ in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 13/16

zu 7.10 **Änderungsantrag SPD -Teppich BGM-Zimmer-**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den Änderungsantrag vor und bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Der Haushaltsansatz von 1.500 € für die Ersatzbeschaffung eines Teppichs im Bürgermeisterzimmer (Finanzhaushalt) soll um 500 € auf 1.000 € reduziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 13 Enthaltung: 4

Beschluss-Nr. 14/16

zu 8 **Beratung und Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2016**

Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt die Empfehlungen der Ausschüsse wie folgt bekannt:

Haupt- und Finanzausschuss: 2:4:0

Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft: 5:2:0

Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales: 2:2:3

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt die Stellungnahmen der Ortsbeiräte wie folgt bekannt.

Gersfeld-Kernstadt: zur Kenntnis genommen

Gersfeld-Altenfeld: Zustimmung

Gersfeld-Dalherda: zur Kenntnis genommen

Gersfeld-Hettenhausen: Zustimmung

Gersfeld-Maiersbach: Zustimmung

Gersfeld-Mosbach: Zustimmung

Gersfeld-Obernhausen: Zustimmung

Gersfeld-Rengersfeld: Zustimmung

Gersfeld-Rodenbach: Zustimmung

Gersfeld-Rommers: zur Kenntnis genommen

Gersfeld-Sandberg: zur Kenntnis genommen

Gersfeld-Schachen: Zustimmung

Zustimmungen: 8, Ablehnung: 0, zur Kenntnis genommen/Enthaltung: 4

Die Stellungnahmen der Fraktionen erfolgte bereits innerhalb der Haushaltsreden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2016.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 15 Nein: 7 Enthaltung: 4

Beschluss-Nr.16/16

zu 9 Beratung und Beschluss über den Wirtschaftsplan mit Erfolgs- und Vermögensplan für das Jahr 2016 des Eigenbetriebs "Stadtwerke Gersfeld (Rhön)"

Wortprotokoll:

Die Betriebskommission „Stadtwerke Gersfeld (Rhön)“ hat einstimmig mit 7:0:0 die Zustimmung empfohlen.

Die Abgeordnete Andrea Hintzmann (BWG) spricht zunächst für die Betriebskommission und berichtet, dass die technische Betriebsführung im Bereich der Wasserversorgung gut von statten geht. Danach spricht sie für die BWG-Fraktion. Negativ sei, dass das Wasserbauprogramm an das nachfolgende Parlament weitergegeben werde. Beim Abwasser solle man die Übergabe an den Abwasserverband „Oberes Fuldataal“ kritisch überdenken: Technische Leistungen abzugeben bedeute auch den zugehörigen Sachverstand vor Ort aus der Hand zu geben. Bei der Abwasserabgabe bestehe Einsparpotenzial.

Der Abgeordnete Helmut Müller (SPD) erinnert daran, dass das Wasserbauprogramm im Jahr 2011 beschlossen wurde und bis 2014 ausgesetzt war. Jetzt müsse man Entscheidungen treffen und dem Bürger endlich mitteilen, was auf ihn zukomme. Wenn bei Verhandlungen mit dem Abwasserverband tragbare Ergebnisse erzielt würden, sei der Zusammenschluss eine sinnvolle Lösung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt den Wirtschaftsplan mit Erfolgs- und Vermögensplan für das Jahr 2016 des Eigenbetriebes „Stadtwerke Gersfeld (Rhön)“.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 22 Nein: 4 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 17/16

**zu 10 XIV. Nachtrag zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung (AbwBGS) der Stadt Gersfeld (Rhön) rückwirkend zum 01.01.2016
VO/2016/172**

Wortprotokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 18.01.2016 getagt und empfiehlt die Annahme mit 5:0:1.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einen XIV. Nachtrag zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung (AbwBGS). In § 8 Benutzungsgebühren wird in Abs. 8 die Höhe der Abwassergebühr nach dem Frischwassermaßstab geregelt. Dieser erhöht sich rückwirkend zum 01. Januar 2016 von € 3,14 auf € 3,55 je Kubikmeter Frischwasserverbrauch.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 18/16

zu 11 **IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld (Rhön), rückwirkend zum 01.01.2016 VO/2016/173**

Wortprotokoll:

Die Alternative 1, die Zählergrundgebühr zu erhöhen, wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss mit 3:3:0 abgestimmt.

Die Alternative 2, die Verbrauchsgebühr von 2,10 € auf 2,25 € pro m³ netto zu erhöhen wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss mit 0:4:2 abgestimmt.

Für die SPD erläutert der Abgeordnete Michael Gutermuth, dass die weitere Erhöhung der Grundgebühr sozial ungerecht sei, da Alleinstehende überproportional belastet werden. Dem entgegnet für die BWG-Fraktion der Abgeordnete Uwe Glück, dass die Alternative 1 richtiger sei, da sonst Großfamilien bestraft würden.

Zunächst wird über die Alternative 2 –Verbrauchsgebührrhöhung- abgestimmt (sh Top 11.1.).

Nachdem die Alternative 2 abgelehnt wurde, wird über die Alternative 1 abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einen IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld (Rhön). Die in § 26 geregelte Gebühr wird rückwirkend zum 01. Januar 2016 wie folgt erhöht:

§ 26 Abs. 4

Neben der verbrauchsabhängigen Gebühr nach Absatz 3 wird nach § 10 Abs. 3 KAG eine Grundgebühr für die Vorhaltung der Wasserversorgungsanlagen erhoben. Die Höhe der Grundgebühr richtet sich nach der Nenngröße des installierten Wasserzählers. Die Grundgebühr beträgt pro angefangenen Kalendermonat bei Messeinrichtungen mit einer Verbrauchsleistung:

	Zählergröße		Monatliche Grundgebühr Netto
Hauswasserzähler	QN 2,5	¾"	10,95 €
Hauswasserzähler	QN 6	1"	26,28 €
Hauswasserzähler	QN 10	1½"	43,80 €
Großwasserzähler	QN 15	DN 50	65,70 €
Großwasserzähler	QN 40	DN 80	175,20 €
Großwasserzähler	QN 60	DN 100	262,80 €

Hinzu kommt noch die gesetzliche Umsatzsteuer von derzeit 7 %.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 15 Nein: 9 Enthaltung: 2

Beschluss-Nr. 20/16

**IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld
zu 11.1 (Rhön), rückwirkend zum 01.01.2016 -Alternative 2-**

Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Helmut Müller (SPD) stellt den Antrag zunächst Alternative 2 abzustimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einen IV. Nachtrag zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Gersfeld (Rhön). Die in § 26 geregelte Gebühr wird rückwirkend zum 01. Januar 2016 wie folgt erhöht:

§ 26 Abs. 3

Die Verbrauchsgebühr beträgt pro m³ 2,25 Euro netto. Hinzu kommt noch die gesetzliche Umsatzsteuer von derzeit 7 %.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 15 Enthaltung: 2

Beschluss-Nr. 19/16

zu 12 Berichte und Anfragen

Wortprotokoll:


Bürgermeister Steffen Korell (CDU) berichtet, dass der Presse bereits zu entnehmen war, dass die Stadt Gersfeld (Rhön) aus dem Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) 576.000 € bekommen wird. Über deren Verwendung werden die Stadtverordneten noch zu entscheiden haben. Informationen zum KIP wurden den Stadtverordneten ausgeteilt.

Der Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth (FDP) berichtet, dass der vorläufige Sitzungsplan 2016 als Tischvorlage vorliegt. Für die nach der Kommunalwahl ausscheidenden Abgeordneten wird es gemeinsames Treffen geben. Ort und Termin werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Anfragen liegen keine vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich für die geleistete Arbeit der Ehrenamtlichen in der nunmehr ablaufenden Legislaturperiode. Er hat sein Amt gerne ausgeübt.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung.


Vorsitzender
Martin Gutermuth


Protokollant
Thomas Niedling